

8. Februar 2018

Informations- und Austauschtreffen mit Migrantenorganisationen

Begrüssung durch Stadtpräsidentin Corine Mauch

[Es gilt das gesprochene Wort]

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und religiösen Gemeinschaften
Sehr geehrte Vertretungen von Konsulaten, vom Kanton und von Institutionen
Geschätzte Mitglieder des Ausländerinnen- und Ausländerbeirats und Mitarbeitende der
Integrationsförderung, sehr geehrte Damen und Herren

Es ist mir jedes Jahr eine Freude, Sie zum Informations- und Austauschtreffen begrüßen zu können, zu dem die städtische Integrationsförderung und der Ausländerinnen- und Ausländerbeirat einladen. Dieses Treffen ist für die Stadt Zürich wichtig. Es bietet Gelegenheit, Ihnen aktuelle Informationen zu vermitteln, und es bietet Gelegenheit, Ihnen zuzuhören und sich mit Ihnen auszutauschen. Denn nur gemeinsam wird es uns gelingen, das Zusammenleben in unserer Stadt bestmöglich zu gestalten.

Da es bei diesen Treffen nicht möglich ist, alle Themen und Fragen aufzugreifen, die für die Integration und die Zukunft unserer Stadt von Bedeutung sind – es sind schlicht zu viele –, wird seit einigen Jahren jeweils ein spezifischer Aspekt in den Vordergrund gestellt. Das letzte Jahr war dies, Sie mögen sich vielleicht erinnern, die Partizipation, und dabei in einem engeren Sinne die politische Partizipation.

Dieses Thema ist nach wie vor aktuell. Denn aus Sicht einer Demokratie ist es kein gutes Gefühl, dass ein Drittel unserer Bevölkerung nicht an Abstimmungen und Wahlnehmen teilnehmen kann. Deshalb haben wir letztes Jahr versucht, Ihnen auch andere Wege aufzuzeigen, wie eine politische Partizipation in der Stadt Zürich möglich ist. Es würde mich sehr freuen, wenn einige von Ihnen diese Möglichkeiten aufgegriffen, weiter erzählt und umgesetzt haben.

Aber auch wir sind nicht stehen geblieben. So konnten wir – mit einigem Erfolg – viele Zürcherinnen und Zürcher ohne Schweizer Bürgerrecht über wichtige Änderungen in den gesetzlichen Bestimmungen informieren. Und der Ausländerinnen- und Ausländerbeirat erarbeitete die Idee eines konsultativen Stimm- und Wahlrechts.

Apropos Ausländerinnen- und Ausländerbeirat: Wir suchen zur Zeit neue Mitglieder – und ich würde mich freuen, wenn Sie sich dazu entscheiden könnten, in diesem Gremium mitzuwirken. Es berät den Stadtrat bei integrationsrelevanten Fragen und leistet dadurch einen Beitrag für eine offene und solidarische Stadt Zürich.

Damit sind wir mitten im Thema des heutigen Treffens: der Solidarität. Solidarität ist ein grosses Wort, das mir sowohl persönlich als auch als Stadtpräsidentin wichtig ist. Ich kann und will im Folgenden nicht auf alle Aspekte eingehen, die ich mit Solidarität verbinde, aber zwei Bedeutungen möchte ich kurz aufgreifen:

Die eine bezieht sich auf den einzelnen Menschen. Solidarität ist eine Art Tugend, zu der jede und jeder fähig ist und zu der wir alle unabhängig von Alter, Aussehen, Einkommen, Herkunft, Macht und politischer Meinung verpflichtet sind. Es geht um eine Haltung, die einerseits anerkennt, dass auch andere Menschen wichtig sind und Rechte haben. Andererseits lässt uns gelebte Solidarität erkennen, dass es auch uns besser geht, wenn wir uns gegenseitig nicht ausgrenzen, sondern uns für einander interessieren, sorgen und kümmern. Dies letztlich immer und überall, in der Familie, im Verein, im Alltag, bei der Arbeit.

Wir alle sind Teil einer Gemeinschaft oder gar mehrerer Gemeinschaften, in denen gelebte Solidarität nötig ist. Eine dieser Gemeinschaften ist unsere Stadt, unsere Gemeinschaft als Zürcherinnen und Zürcher. Auch hier braucht es die persönliche Solidarität. Aber hier kommt noch etwas dazu, und das ist der andere Aspekt, den ich erwähnen möchte: die gesellschaftliche Solidarität. Sie ist deshalb wichtig, weil es viele Problemstellungen und Herausforderungen gibt, die nur gemeinsam solidarisch gelöst werden können.

Das vielleicht wichtigste Beispiel dafür sind die Steuern. Wir alle bezahlen sie, und wir alle bezahlen dadurch auch für Dinge, die wir selbst gar nicht benötigen. Kinderlose bezahlen für Schulen, Junge für Altersheime, Velofahrer für Parkplätze, Hausbesitzerinnen für subventionierte Wohnungen. Das, liebe Anwesende, ist nicht ungerecht, sondern im Gegenteil Ausdruck einer solidarischen Gesellschaft, die sich dafür einsetzt, dass unsere Stadt eine gerechte Stadt für alle ist. Deshalb investieren wir nicht nur in Glasfasernetze und Tramlinien, sondern auch in soziale Netze und die Förderung der Integration.

Doch wir wissen, dass Geld alleine nicht ausreicht, sondern dass wir uns als Gesellschaft für gelebte Solidarität und gegen Ausgrenzung, Abschottung und Populismus aktiv einsetzen müssen. Dafür, dass Sie sich in diesem Sinne für unsere Stadt engagieren, danke ich Ihnen ganz herzlich.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.